

**Niederschrift
über die 34. Sitzung des Stadtrates am 27.07.2022**

Sitzungsort/-zeit: Stadthalle, Katharina-Saal
17:00 Uhr – 17:58 Uhr

Bürgermeister
Bürgermeister Andreas Dittmann

Vorsitzender
Wilfried Bustro

CDU-Fraktion
Bernd Adolph
Jürgen Borgsdorf
Jonas Döhring
Detlef Friedrich
Holger Lindau
Ralf Müller

SPD-Fraktion
Günter Benke
Silke Hövelmann
Philipp Koch
Uwe Krüger
Silke Schmidt-Dittmann
Sebastian Siebert
Chris Troeder

ab TOP 6 anwesend

FFZ-Fraktion
Anika Johannes
Mario Rudolf
Helmut Seidler
Thomas Wenzel

ab TOP 6 anwesend

AfD-Fraktion
Cornelia Hesse
Michael Hesse
Dirk Tischmeier
Christina Weber

Fraktion Die Linke.
Alfred Schildt
Margitta Schildt

FDP-Fraktion
Dr. Walter Eiß
Steffen Grey

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Christiane Schmidt

Bernd Wesenberg

UWZ-Fraktion

Nicole Ifferth

Von der Verwaltung :

Kerstin Gudella
Jan Hädrich
Evelyn Johannes
Heike Krüger
Antje Rohm
Nico Ruhmer

Protokollantin

Laura Kotsch

Ortsbürgermeister

Tobias Böttcher

Ortsbürgermeisterin

Sylvia Rothe

Nicht anwesend sind:

FFZ-Fraktion

Denis Barycza	entschuldigt
Mario Buge	entschuldigt
Regina Frens	entschuldigt

AfD-Fraktion

Winfried Schiller	entschuldigt
-------------------	--------------

Fraktion Die Linke.

Michael Dietze	entschuldigt
----------------	--------------

FDP-Fraktion

Lutz Voßfeldt	entschuldigt
---------------	--------------

UWZ-Fraktion

Dr. Beatrix Haake	entschuldigt
-------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr W. Bustro, begrüßt die Anwesenden zur 34. Sitzung des Stadtrates. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Von 36+1 Mitgliedern sind 27+1 anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.
Sie wird einstimmig angenommen.

Ja 27+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen vorgetragen. Die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift der 33. Sitzung des Stadtrates am 29.06.2022

Die Niederschrift der 33. Sitzung des Stadtrates vom 29.06.2022 wird mit folgendem Ergebnis bestätigt:

Ja 21+1 Nein 0 Enthaltung 6 Befangen 0

TOP 5 Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 29.06.2022 gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr W. Bustro, gibt folgende, in der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 29.06.2022 gefassten, Beschlüsse bekannt:

Beschlussvorlage BV/0502/2022

Grundstücksverkauf Walternienburg

Der Verkauf wird derzeit abgewickelt.

Beschlussvorlage BV/0515/2022

Grundstücksangelegenheit

Durch den Landkreis wurde die Genehmigung zur Belastung der Grundstücke gem. § 109 Abs. 1 KVG LSA mit Schreiben vom 06. Juli 2022 erteilt.

TOP 6 Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse und Aussprache sowie aktuelle Informationen

Die Stadträtinnen S. Hövelmann und A. Johannes betreten die Sitzung. Die Anwesenheit erhöht sich auf 29+1 Stadträte.

Heimat- und Schützenfest

So kurz vor der Eröffnung des Zerbster Heimat- und Schützenfestes komme ich an diesem Thema natürlich nicht vorbei.

Nach Gerüchten in den sozialen Netzwerken über einen bevorstehenden Ausfall um Energie einzusparen bis zur Erhebung von Eintrittsgeldern, was alles Unsinn war, können wir der Eröffnung am Freitag um 19 Uhr optimistisch entgegensehen.

Trotz kurzfristiger Ausfälle einzelner Schausteller steht den Gästen ein gut bestückter Vergnügungspark zur Verfügung und auch unsere Veranstaltungspartner haben eine enorme Vorarbeit erbracht.

Von der 119. Pferdemarktlotterie über die Sportwettkämpfe und natürlich den traditionellen Pferdesportveranstaltungen können wir uns auf ein tolles Zerbster Heimat- und Schützenfest freuen.

Bärenthoren

Zu den aktuellen Themen gehört natürlich der Besuch des Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Tourismusministers Sven Schulze in der vergangenen Woche in Bärenthoren.

Gemeinsam mit dem Landesforstbetrieb Anhalt haben wir dem Minister das Konzept der Schaffung eines Informations- und Forschungszentrums „Dauerwald“ sowie zur Wald- und Umweltbildung nahegebracht.

Vor allem ging es natürlich darum, ihn noch stärker für die Umsetzung der Idee zu gewinnen, denn ein Platz im Koalitionsvertrag besagt zunächst leider wenig über die Realisierung.

Hierzu bedarf es auch weiterhin einer klaren Bedarfsbestimmung durch den Landesforstbetrieb.

Zumindest konnte sich der Minister von der Unterstützung der Betriebsleitung überzeugen und auch davon, dass sich das ehemalige Betreuungszentrum in einem vergleichsweise guten und ausbaufähigen Zustand befindet.

Energieversorgung

Momentan machen wir mittels breiter Berichterstattung in den Medien über eine aktuell abgesicherte und gasimportunabhängige Energieversorgung von uns reden.

Das stimmt insoweit, als dass in den Sommermonaten rein physisch im Gasnetz der EMS nur Biomethan verteilt und verbraucht wird.

Unter Einbeziehung aller im EMS-Netz befindlichen Biogasanlagen würde das im Winter bei -15°C den Bedarf jedoch nur mit bis zu 12 bis 13% decken.

Je höher die Temperatur, umso größer ist natürlich durch verringerten Heizbedarf die Abdeckung durch Biogas.

Mit anderen Worten, wir stehen nicht ganz so schlecht da, wie weite Teile Deutschlands, aber Sorglosigkeit ist fehl am Platze.

Durch die EMS erfolgt derzeit darum die Erstellung verschiedener Handlungsszenarien, die bei Lieferausfällen von Vorversorgern und Temperaturverläufen zum Tragen kommen.

Eine erhebliche Verbrauchsreduzierung wird jedoch in jedem Fall erforderlich werden.

Hierfür werden unter anderem wir im Rahmen der laufenden Haushaltsausführung zunächst 72.000 € zum kurzfristigen Leuchtmittelwechsel bei der Straßenbeleuchtung einsetzen.

Die davon betroffenen Beleuchtungen verbrauchen derzeit 215.000 kWh im Jahr und nach dem Umtausch 83.000 kWh im Jahr.

Bei aktueller Preislage resultiert daraus zunächst eine jährliche Einsparung von 32.450 €. Vermutlich werden wir aber froh sein können, wenn durch diese Maßnahmen die zu erwartende Kostensteigerung wenigstens gedämpft werden kann.

Über weitere Maßnahmen werde ich Sie entsprechend informieren.

Bundeswirtschaftsminister Habeck hat am 7. Juli gegenüber den Energie- und Wirtschaftsministern der Länder schriftlich erklärt, dass es keine Bundeshilfe für kommunale Energieunternehmen, also den Stadtwerken geben wird.

Diese mögen sich stattdessen an die Kommunen und Länder halten.

Der Städte- und Gemeindebund kritisierte diese Positionierung des Bundeswirtschaftsministers und betrachtet diese Haltung als unverantwortlich.

Diese Entscheidung auf Bundesebene lässt vollkommen außer Acht, dass es letztlich die kommunalen Energieunternehmen sind, die die Versorgung der gesetzlich geschützten Verbraucher absichern sollen. In dieser Haltung wird deutlich, dass alle bisherigen Appelle der kommunalen Spitzenverbände und des Verbandes der kommunalen Unternehmen ungehört blieben.

Nunmehr herrscht insoweit Klarheit, dass die kommunale Ebene nicht auf die Ausweitung des Bundesschirmes hoffen kann.

Darum kann sich daraus nur die Forderung ableiten, dass nun die Landesregierungen ihrerseits einen Schutzschirm für die Absicherung der kommunalen Versorgungssicherheit entwickeln.

Eine erste Entwicklung in dieser Richtung zeichnet sich nach Angabe des Deutschen Städtetages in Nordrhein-Westfalen ab.

Ein solcher Schutzschirm kann aus unserer Sicht zum Beispiel durch Ausfallbürgschaften und Kreditabsicherungen durch die Investitionsbank gegenüber kommunalen Unternehmen der Energie- und auch der Wohnungswirtschaft wirken.

Der Finanzminister Michael Richter verwies gegenüber unserem Verbandsgeschäftsführer am 19. Juli darauf, dass es von Seiten unseres Landes bereits eine Absicherung kommunaler Energieunternehmen gäbe.

Hierbei scheint es sich jedoch um ein Unterstützungsprogramm zu handeln, dass nur einem sehr kleinen Kreis bekannt gegeben wurde.

Auch das hat unser Kommunalverband entsprechend kritisiert.

Des Weiteren wird es zur Verhinderung von Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen einer ähnlichen weitgehenden Kurzarbeiterlösung bedürfen, wie sie in der Corona-Pandemie auf den Weg gebracht wurde.

Wer Unternehmen zur drastischen Energieeinsparung aufruft, wird das kurzfristig nur über das Runterfahren von Betriebsabläufen erreichen können.

Dies wirkt sich aber zwangsläufig auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus, die wiederum der Kostenspirale bei den Lebenshaltungskosten gegenüberstehen.

In der Folge werden nicht nur die Unternehmen der Energiewirtschaft in eine Notlage geraten, sondern auch die Wohnungsunternehmen durch Mietrückstände oder Ausfall von Betriebskostenzahlungen, die letztlich zu massiven Liquiditätsproblemen auch in der Wohnungswirtschaft führen.

Termine

Bitte berücksichtigen Sie in Ihrer Terminplanung die nächste Sitzung des Schlossausschusses. Diese wird am 5. Oktober um 17 Uhr stattfinden.

Außerdem wurde heute die Einladung zur nächsten Arbeitsberatung mit den Ortsbürgermeistern verschickt.

Die Beratung findet am 31. August im Anschluss an die Stadtratssitzung statt.

Für die weitere Planung verweise ich schon mal auf den nächsten World-Cleanup-Day am 17. September.

Herr Adolph trägt folgenden Vorschlag im Namen der CDU-Fraktion vor:

Der Stadtrat sponsert 3 Fässer Fassbrause à 25 Liter für den Kindertag des Zerbster Heimat- und Schützenfestes.

Der Spendenbetrag pro Person beläuft sich auf 10 €. Das Geld kann im Anschluss an die Sitzung beim Sitzungsdienst hinterlegt werden.

Der Vorschlag wird vom Bürgermeister befürwortet und wird mehrheitlich vom Stadtrat angenommen.

Daraufhin schlägt Herr Tischmeier im Namen der AfD-Fraktion vor, dass der Stadtrat ebenfalls ein Fass Bier zur Eröffnung des Zerbster Heimatfestes zu spenden könnte.

Der Bürgermeister erklärt, dass bereits genügend Freibier eingeplant ist und plädiert für den Vorschlag der CDU-Fraktion.

Der Vorschlag der AfD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend meldet sich Ortsbürgermeister Tobias Böttcher mit einer Anfrage zum Bericht des Bürgermeisters zu Wort.
Er möchte wissen, ob die Umrüstung der Straßenbeleuchtung für die Kernstadt oder für das gesamte Stadtgebiet gilt?

Herr Dittmann antwortet, dass die Umrüstung flächendeckend, also einschließlich Ortsteile, umgesetzt wird.

TOP 7 Informationsvorlage zur Haushaltsausführung des 1. Halbjahres 2022 - Betrachtung der Konsolidierungsnotwendigkeit IV/0022/2022

Herr Grey ist erleichtert, dass es nun die verbindliche Information gibt, dass keine Steuererhöhungen im Rahmen der Konsolidierung abzusehen sind.

Außerdem möchte er wissen, ob beabsichtigt ist, im Falle einer Steuererhöhung die Hebesätze zu senken, um das Steueraufkommen zu neutralisieren? Die Frage bezieht sich auf die derzeit laufende Erhebung für Grundstücke und Häuser.

Herr Dittmann: Bevor Hebesätze definiert werden können, bedarf es der Erhebung der Daten. Erst wenn es verwertbare Datensätze gibt, kann gemessen an den Gesamtaufkommen bei den Steuern ermittelt werden, mit welchem Hebesatz man zu einem annähernd gleichen Ergebnis kommt. Das heißt aber auch, dass das dann ein Durchschnittswert ist. Ziel ist es, dass Aufkommen neutral zu justieren, in Einzelfällen wird es dennoch vermutlich zu Erhöhungen und zu Verringerungen kommen.

Der Stadtrat nimmt den Bericht zur Haushaltsausführung des 1. Halbjahres 2022 und die Entscheidung, die Hebesatzänderung als Konsolidierungsmaßnahme zum Haushalt 2022 wegen fehlender Konsolidierungsnotwendigkeit nicht umzusetzen, zur Kenntnis.

TOP 8 Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 01/2022 "Biogasanlage Polenzko" BV/0520/2022

Ergänzend wird vom Bürgermeister angemerkt, dass sich die Firma HaRo Energy GbR im Jahr 2020 umfirmiert hat. Die neue Bezeichnung lautet HaRo Energy GmbH & Co.KG. Die Bezeichnung wird in den Beschlüssen entsprechend angepasst.

Die Beschlussvorlage wird mit folgenden Abstimmungsergebnis beschlossen:

Der Stadtrat der Stadt Zerbst/Anhalt beschließt die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 01/2022 „Biogasanlage Polenzko“.

Ja 29+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Beschluss zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Ortsteil Polenzko BV/0521/2022

Die Beschlussvorlage wird mit folgenden Abstimmungsergebnis beschlossen:

Der Stadtrat der Stadt Zerbst/Anhalt beschließt die Einleitung der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes für den OT Polenzko gem. Anlage 1.

Ja 29+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 10 Umwandlung der Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft "Fahrradfreundliche Kommune" zur Mitgliedschaft im eingetragenen Verein "Fahrradfreundliche Kommune" BV/0533/2022

Die Beschlussvorlage wird mit folgenden Abstimmungsergebnis beschlossen:

Der Stadtrat der Stadt Zerbst/Anhalt beschließt die Umwandlung der Mitgliedschaft in der „Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen“ (AGFK) zur Mitgliedschaft in den eingetragenen Verein „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt e.V.“.

Ja 29+1 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 11 Anfragen, Anträge und Anregungen

Herr Tischmeier informiert in Vorbereitung auf den nächsten Schlossausschuss darüber, dass im Kreis Anhalt-Bitterfeld Fördermittel für Denkmäler vergeben wurden. Alle eingegangenen Projekte wurden genehmigt, bis auf den des Zerbster Schlosses. Auf Nachfrage bei der zuständigen Förderstelle, erging die Antwort, dass der Förderverein Schloss Zerbst e.V. versäumt hat, innerhalb einer mehrmals gesetzten Frist, die erforderlichen Unterlagen nachzureichen. Er regt an, dass der Förderverein den Antrag bis zum 20.10.2022 erneut stellt und alle erforderliche Unterlagen erbringt.

Herr Dittmann erläutert, dass der Sachverhalt der Verwaltung bekannt ist. Zu den Unterlagen, die der Förderverein beibringen sollte, gehörte die denkmalrechtliche Genehmigung für die beantragte Maßnahme. Hier handelte es sich um einen Treppensitz. Die denkmalrechtliche Genehmigung erteilt das Amt, das die Förderung bewilligt. Im Vorfeld hat dieses Amt dem Förderverein mitgeteilt, dass es aufgrund von Überlastung, eine solche Genehmigung nicht zeitnah erteilen könne. Dies dann hinterher zum Ablehnungsgrund zu machen, zeugt von Kreativität. Da keine denkmalrechtliche Genehmigung in Aussicht gestellt wurde, hat der Förderverein darauf verzichtet, weitere Unterlagen, deren Erarbeitung mit erheblichem Aufwand verbunden sind, einzureichen.

Herr Grey gibt das Anliegen einer Bürgerin weiter. Das Haus Ecke Geisthof/Rephunstraße wird von meterhohem Unkraut überlagert. Vor dem Heimatfest sollte der Bauhof dort einmal für Ordnung sorgen.

Wilfried Bustro
Stadtratsvorsitzender

Laura Kotsch
Schriftführerin

Im Original unterschrieben.